



BUMMEL-BAHN VON BOMBARDIER

SBB-Chef Andreas Meyer wartet weiter auf die neuen Züge.

Seite 23

«Eine Insel der Glückseligen»

Der Arbeitsmarkt-Chef des Bundes sieht die Schweiz gut aufgestellt. Doch es gebe Risiken für Rückschläge.

VON OTHMAR VON MATT

Boris Zürcher, der Leiter der Direktion für Arbeit des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), empfängt in seinem Büro. Der Schnelldenker legt sofort los.

Herr Zürcher, entspannt sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt?

Boris Zürcher: Wir können aktuell noch nicht bestätigen, dass der Wendepunkt erreicht ist. Wir befinden uns in einer Übergangsphase. Tendenziell gehen wir aber von einer allmählichen Entspannung aus. Grundsätzlich ist der Arbeitsmarkt in einer erstaunlich robusten Verfassung.

Die Wirtschaft kann den starken Franken bewältigen?

Dass er definitiv verdaut ist, kann man nicht sagen. Wir haben noch über 10 000 Arbeitslose mehr als vor dem Frankenschock. Doch der wichtigste Hinderungsgrund für eine Expansion bei den Exporten ist die Welt- und Europakonjunktur.

Die Stimmungslage am Weltmarkt ist schwierig?

Wir haben in jeder Beziehung eine hohe Unsicherheit. Das Finanzsystem ist nach wie vor fragil. Die Wachstumsraten liegen in den meisten Ländern nahe null Prozent. Es braucht wenig, dass sie unter null fallen. Mit dem Brexit ist ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor hinzugekommen.

Auch politisch sind die Unsicherheiten gross. Donald Trump könnte US-Präsident werden.

Nach der grossen Rezession von 2008 und 2009 wurde die Gefahr eines politischen Backlash stark unterschätzt. Die Situation erinnert an die grosse Depression der Zwischenkriegszeit. Sie hatte eine Autarkiebewegung und Protektionismus zur Folge. Das zeigt sich heute mit Trump und der «America First»-Bewegung wieder.

Die Krise von 2008 ist nicht vorüber?

Sie ging nicht spurlos vorbei. Die Arbeitslosigkeit in der Eurozone und in den USA nahm massiv zu. In den USA sieht die reine Arbeitslosenstatistik gegenwärtig zwar gut aus. Die Erwerbsbeteiligung hat aber deutlich abgenommen. Das grosse Rätsel ist: Wo sind all die Leute, wie bestreiten sie ihren Lebensunterhalt?

Was hiesse ein US-Präsident Trump?

Ich gehe nicht davon aus, dass er Präsident wird. In den USA war das Wachstum schon vor der Krise sehr ungleich verteilt. Die Ungleichheit hat sich noch akzentuiert. Die US-Gesellschaft ist trotz Silicon Valley nicht besonders gut gerüstet für den technologischen Wandel. Der Zugang zum Bildungssystem ist nicht überall gewährleistet. Wirtschaftlich kommt der Aufschwung in den USA zwar. Doch er kommt noch nicht bei den Menschen an.

Wie ist die Schweiz aufgestellt?

Die Schweiz ist geradezu eine Insel der Glückseligen in diesem tosenden Ozean. Aber auch für die Schweiz werden sich Jahre mit Wachstumsraten unter einem Prozent häufen. Es wird harziger. Grundsätzlich sind wir aber gut aufgestellt. Die Schweiz hat weltweit die am besten ausgebildeten Arbeitskräfte. Sie gibt viel Geld aus für Bildung und Weiterbildung. Ihre Verschuldungssituation ist gut, und sie



«Die Gefahr eines politischen Backlash wurde stark unterschätzt»: Boris Zürcher.

Chris Iseli

Leiter Arbeit

Boris Zürcher (52) übernahm die Direktion für Arbeit im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) im August 2013. Nach Serge Gaillard's Abgang im Oktober 2012 war der strategisch wichtige Posten zehn Monate lang unbesetzt geblieben, ausgerechnet im Vorfeld der Abstimmung zur Zuwanderungs-Initiative vom 9.2.2014. Zürcher war Berater mehrerer Bundesräte und Chefökonom von Avenir Suisse (2007-12) und von Bakbasel.

hat eine relativ ausgeglichene Lohn- und Einkommensentwicklung.

Was muss die Schweiz verbessern?

Die Demografie ist ein Problem. Gesamthaft betrachtet nahm die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 2010 und 2015 um 8,7 Prozent zu. Das hatte stark mit der Zuwanderung zu tun. Bei den 15- bis 24-Jährigen ging die Zahl leicht zurück, während sie bei den 50- bis 64-Jährigen fast doppelt so stark wuchs wie im Durchschnitt. Die Gruppe der Baby-Boomer ist die am schnellsten wachsende Gruppe am Arbeitsmarkt. Mit ihrem Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt kündigen sich fundamentale Umwälzungen an.

Die Schweiz braucht Zuwanderung?

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Schweiz war seit dem Zweiten Weltkrieg immer auf Zuwanderung angewiesen. Die Frage ist: Wie viel Zuwanderung auf null senken. Ich glaube, das will auch niemand. Es sei denn, wir ziehen uns auf uns selbst zurück. Dies hätte zwingend Rückwirkungen auf unseren Wohlstand, würde uns ärmer machen.

Bei der Fachkräfte-Initiative passiert aber nichts.

Da bin ich anderer Meinung. Gewisse Leute glauben, diese Initiative löse sämtliche

Probleme. Doch das ist gar nicht möglich. Der OECD-Vergleich zeigt, dass wir das Erwerbskräftepotenzial mit 85 Prozent schon maximal ausschöpfen. Wir können nur noch wenige Prozentpunkte herausholen.

Potenzial gibt es bei Frauen und bei den älteren Arbeitnehmern.

Genau. Ein Potenzial gibt es bei der Erhöhung von Teilzeitpensen bei Frauen. Solche Steigerungen gibt es aber nicht umsonst - sie bedingen zum Teil Anpassungen der Rahmenbedingungen. Potenzial gibt es auch bei Personen ohne nach-obligatorische Bildung. Sie haben eine deutlich geringere Erwerbsbeteiligung. Durch Höherqualifizierung können wir hier noch etwas erreichen.

Ältere drohen aus den Strukturen zu fallen, verlieren sie ihre Arbeit. Der Verein 50plus warnt gar vor erhöhter Suizidgefahr bei älteren Arbeitslosen.

Ich habe grosses Verständnis für die Ängste eines 55-jährigen Familienvaters, der seine Stelle verliert. Es stellen sich bei ihm sehr viel schneller existenzielle Fragen als bei einem 25-Jährigen. Wir nehmen diese Ängste sehr ernst. Objektiv betrachtet ist die Situation für über 50-Jährige in der Schweiz aber nach wie vor sehr gut. Das Risiko ist unterdurchschnittlich, arbeitslos zu werden. Doch wer arbeitslos wird, hat tatsächlich mehr Mühe, wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen. Das Risiko von über 50-Jährigen ist höher, langzeitarbeitslos und ausgesteuert zu werden.

Was tun Sie?

Die Arbeitslosenversicherung kann für über 50-Jährige bis zu zweieinhalb Jahre Taggelder ausrichten. Wir haben zusätzlich spezielle Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen. Und an zwei nationalen Konferenzen zum Thema ältere Arbeitslose wurden Massnahmen beschlossen. Ältere sollen etwa in Stelleninseraten nicht mehr diskriminiert werden.

Beunruhigend ist, dass die Sozialpartnerschaft in Gefahr scheint. Weshalb?

Vordergründig zeigen sich tatsächlich Spannungen. Wegen der Internationalisierung der Schweizer Wirtschaft befindet sich die Sozialpartnerschaft in einem Strukturwandel. Viele ausländische Firmen sind mit den Gepflogenheiten der Schweiz nicht vertraut. Zudem - das ist meine persönliche Hypothese - hat die Krise von 2008 vor allem die Arbeitgeber verunsichert. Die von links lancierten und teilweise ideologisch gefärbten Initiativen wie 1:12 oder Mindestlohn, die von den Gewerkschaften unterstützt wurden, manövrierten die Arbeitgeber zusätzlich in eine argumentative Defensive. Das führte sicher zu einer gegenseitigen Verhärtung.

Erstaunlich, dass dies unter Bundesrat Schneider-Ammann geschah.

Im Gegenteil: Ich habe den Eindruck, der Bundespräsident engagiert sich stark und erfolgreich für die Sozialpartnerschaft.

Fortsetzung auf Seite 22

«Trump schafft Arbeitsplätze»

Der US-Bundesstaat West Virginia hat sich zu einem der führenden Erdgas-Förderer entwickelt. Doch an der breiten Bevölkerung ist der Boom vorbeigegangen. Ein Besuch in einem Landesteil, wo Donald Trump auf Anklang stösst.

VON RENZO RUF AUS NEW MARTINSVILLE
(WEST VIRGINIA)

«Drei, zwei, eins», sagt der Versteigerer. Dann schaut er in die Menge und gibt einer älteren Dame den Zuschlag: «5 Dollar!» Die Frau, frische Besitzerin eines antiquarischen Kochers, blickt zufrieden in die Runde. Der Auktionator nimmt derweil einen neuen, recht rostigen Gegenstand aus seinem Regal. «Weiss jemand, was man mit diesem Dingsbums anfangen kann?», fragt er grinsend in die Runde. Niemand antwortet. Und er sagt: «Egal. Wer bietet 10 Dollar?»

Es ist Samstagabend in New Martinsville, dem Hauptort des Verwaltungsbezirks Wetzell County in West Virginia. 100 Menschen haben sich in einer Lagerhalle versammelt, die den Namen Christy's Antiques trägt. Versteigert wird allerlei Schnickschnack aus aufgelösten Haushalten. Die Stimmung unter den Anwesenden, allesamt weisser Hautfarbe, ist gut. Man scherzt und lacht und hofft auf einen Glücksgriff.

Die Chancen stehen gut. Wetzell County hat in den vergangenen Jahren unglaublich viel Glück gehabt. Dank modernen Fördertechniken ist in den lieblichen Hügeln der Appalachen ein veritabler Rohstoffboom ausgebrochen - und Wetzell County taucht regelmässig an der Spitze von Ranglisten auf, die Auskunft über diejenigen Verwaltungsbezirke in West Virginia geben, in denen mittels Fracking am meisten Öl und Gas gefördert wird.

38 000 Dollar Einkommen

Das zahlt sich für den Bezirk, der grösser ist als der Kanton Zug, nicht zuletzt finanziell aus. Die Preise für Grundstücke, auf denen Fördertürme aufgestellt werden können, sind stark gestiegen. Allerdings befinden sich diese Grundstücke im Besitz einiger weniger Eigentümer. Und Wetzell County profitiert von einer Energiesteuer, die im eben abgelaufenen Finanzjahr immerhin 1,9 Millionen Dollar in die klammen Staatskassen spülten.

Und dennoch kommt Wetzell County nicht vom Fleck. Egal, welche sozioökonomische Statistik man zurate zieht, der Bezirk am mächtigen Ohio River schwächelt. Weniger als die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung geht einer regelmässigen Arbeit nach. Das mittlere Haushaltseinkommen dümpelt bei 38 000 Dollar - ein Betrag, mit dem



Dem Erdgas auf der Spur: Dank der Energiegewinnung durch die sogenannte Fracking-Technologie konnten die USA ihre Abhängigkeit von Öl-Importen mindern.

AP PHOTO/RALPH WILSON

man selbst im ländlichen West Virginia nicht weit kommt.

Und wäre dies noch nicht an schlechten Nachrichten genug: Ende des vorigen Jahres brach ein lokales Finanzunternehmen zusammen, das im Bezirkshauptort New Martinsville geschäftig hatte. Die Firma Budget Finance - die Kunden jahrzehntelang eine verdächtig hohe Rendite von 10 Prozent bezahlte - stellte Knall auf Fall ihren Betrieb ein; rund 650 Investoren verloren ihr Sparguthaben.

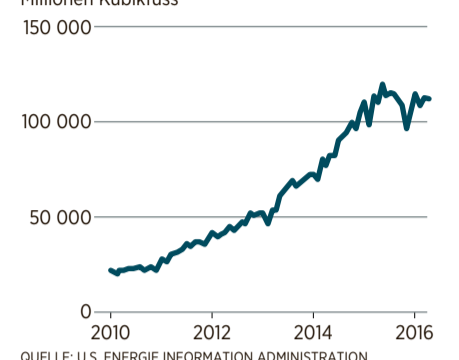
Steve Bohrer, eben erst gewählter Gemeindepräsident von New Martinsville,

räumt offen ein, dass Wetzell County unter dem Strukturwandel leide. «Wir verlieren jedes Jahr zwei- bis dreihundert Einwohner», sagt er im Gespräch. Diese Massenabwanderung hinterlasse Spuren. «Früher war unser Dorfzentrum stets herausgeputzt.» Heute würden viele Bauten vernachlässigt. «Überall hat es Schandflecke», sagt der Gemeindepräsident. Wetzell County habe es nie einfach gehabt; West Virginia war immer ein Staat, in dem Armut auch unter der weissen Bevölkerung weitverbreitet ist. Bis vor wenigen Jahren aber habe es am Ohio River wenig-

tens noch einige grosse Arbeitgeber gegeben, sagt Bohrer.

Riesige Industriebrachen zeugen davon, dass hier einst klingende Namen wie die Chemiefabrik Bayer ein Standbein besaßen. Heute gebe es in New Martinsville nur zwei funktionierende Wirtschaftszweige: die Energiebranche und den Dienstleistungssektor. In der Tat: Die wenigen Restaurants im Dorf sind gut gefüllt, und eben erst wurden an der Ausfallstrasse zwei neue Hotels eröffnet. Die Gastbetriebe profitieren davon, dass die Techniker, die in den Appalachen Gas und Öl fördern, häufig

Erdgasförderung in West Virginia



QUELLE: U.S. ENERGIE INFORMATION ADMINISTRATION

nur kurze Zeit in der Ortschaft wohnen und sich deshalb keine feste Bleibe suchen. Es sei störend, dass die meisten Arbeiter aus weit entfernten Staaten wie Oklahoma oder Texas anreisen, sagt Bohrer. Andererseits lebten im County schlicht nicht genügend qualifizierte Fachleute.

Beliebte Populisten

Der Bezirk leidet noch unter einer anderen negativen Folge des Energiebooms: Die Lastwagen, mit denen die «Fracker» das schwere Gerät in die Berge fahren, zerstören die schmalen Landstrassen. Auch gibt es Anzeichen dafür, dass die Kriminalitätsrate in Wetzell County im Steigen begriffen ist. So räumte der lokale Staatsanwalt kürzlich ein, dass er heillos überfordert mit der Zahl der offenen Dossiers sei und Hilfe benötige.

Stadtpräsident Bohrer sagt, dass er angesichts dieser brisanten Mischung nachvollziehen könne, warum auch viele Bewohner seines Bezirks die Nase voll hätten und einem radikalen Wandel in Washington das Wort redeten. Während der Vorwahlen im Mai gewannen die beiden populistischen Kandidaten eine klare Stimmenmehrheit - bei den Demokraten Bernie Sanders, bei den Republikanern Donald Trump.

Und er selbst, was hält er von den beiden Präsidentschaftskandidaten? «Ich bin ein konservativer Republikaner», sagt der Lokalpolitiker. Er werde deshalb Donald Trump seine Stimme geben. Ob er glaube, dass auch New Martinsville davon profitierte, wenn im Weissen Haus ein Unternehmer wohnte. «Keine Frage», sagt Bohrer. «Trump schafft Arbeitsplätze. Er wird jedem Amerikaner einen Job geben.» Und Wetzell County wäre seine Sorgen los. So einfach ist das.

Fortsetzung von Seite 21

Auch wenn es Differenzen gibt, darf man nicht vergessen: Sobald es um die pragmatische Lösungssuche geht, funktioniert die Sozialpartnerschaft. In den vier tripartiten Kommissionen, die ich präsidiere, wird gestritten, aber wir machen Fortschritte und erarbeiten Lösungen. Dass gestritten wird, interpretiere ich als gutes Zeichen.

Die Spannungen zeigten sich an der Medienkonferenz zur Personenfreizügigkeit.

Wir haben Differenzen bei den flankierenden. Das ist so.

Sie schlugen sich da klar auf die Seite der Arbeitgeber.

Die Direktion für Arbeit ist Oberaufsicht des Vollzugs der flankierenden Massnahmen. Unsere Audits in den Kantonen zeigen: Das Vollzugssystem funktioniert, auch wenn es punktuell Verbesserungsbedarf gibt. Wir haben keinen Vollzugs-Notstand, wie es die Gewerkschaften teilweise herbeireden. Das kann ich nicht akzeptieren. Mit Parteinahme zugunsten der Arbeitgeber hat das nichts zu tun.

Im Justizdepartement hat man keine Freude, dass das Seco die Personenfreizügigkeit in den schönsten Farben darstellt. Das hilft in Brüssel nicht.

Ich muss klar festhalten: Die Zuwanderung führte zu keinen systematischen und flächendeckenden Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt. Im Observationsbericht betonen wir aber, dass es gewisse Probleme gibt. Die Zuwanderung ist weiterhin sehr hoch, obwohl sich die Arbeitsmarktlage abgeschwächt hat. Die Herkunft der Zuwanderer hat sich vom Norden nach Süden und Osten verlagert, und sie passen nicht mehr so gut auf die Nachfrage der Wirtschaft wie früher. Sie sind im Durchschnitt etwas weniger gut qualifiziert, was sich auch in den Löhnen niederschlägt. Wir behalten diese Entwicklungen genau im Auge.

Bräuchte die Schweiz ein Qualifikationssystem wie Kanada?

Die Zuwanderung in die Schweiz ist überwiegend vom Arbeitsmarkt getrieben. Dagegen wandern die Menschen nach Kanada, um ein neues Leben zu beginnen. Ich bin skeptisch, ob ein Punktesystem für die Schweiz vorteilhafter wäre.

Teleclub im Offside

Der Pay-TV-Sender verliert zwei Fussball-Topligen. Seine Kunden lässt er im Dunkeln. Das sorgt für Kritik.

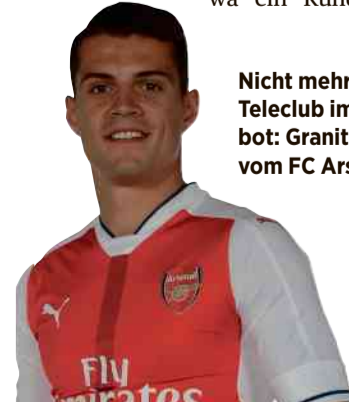
VON STEFAN EHRBAR

Die beste Fussball-Liga der Welt beginnt dieses Wochenende. Heute steht bereits der erste Knaller auf dem Programm. Arsenal empfängt in der Premier League den FC Liverpool.

Diese Partie wollen sich auch unzählige Schweizer Fans nicht entgehen lassen. Für sie könnte es eine böse Überraschung geben. Denn während in den letzten Jahren die Premier-League-Spiele immer beim Pay-TV-Anbieter Teleclub zu sehen waren, bleibt die Mattscheibe dieses Wochenende schwarz. Die Exklusivrechte für die deutschsprachige Schweiz liegen erstmals nicht mehr bei der Swiscom-Tochter, sondern bei «Dazn», einem Streaming-Angebot der englischen Perform Group. «Dazn» startete diese Woche in der Schweiz. Für 13 Franken im Monat bie-

tet der Dienst neben Spielen der Premier League auch solche der US-Basketball- und Football-Profiligen. Auch die Exklusiv-Rechte an der spanischen Fussball-Topliga hält «Dazn» neu für die Deutschschweiz.

Nun gerät Teleclub in die Kritik. Der Pay-TV-Anbieter scheint von der Konkurrenz überrumpelt. Bisher hielt es Teleclub nicht für nötig, seine Kunden über den Verlust der beiden Top-Ligen zu informieren. Im Internet laufen Kunden deshalb Sturm: «Peinlich» sei das Verhalten, schreibt etwa ein Kunde. Ge-



Nicht mehr bei Teleclub im Angebot: Granit Xhaka vom FC Arsenal.

genüber dem «Beobachter» markiert eine Teleclub-Sprecherin einen harten Kurs: Der Verlust der Topligen genüge nicht, um aus dem Abo auszusteigen. Denn Teleclub behalte sich in den AGB vor, das Programmangebot zu ändern. Auf eine Anfrage der «Schweiz am Sonntag» reagierte Teleclub nicht. Am Freitag teilte das Unternehmen auf Facebook lediglich mit, man stehe «weiterhin in Verhandlungen». Tatsächlich bestätigt der Rechteinhaber Dazn, dass man mit Teleclub über eine Sublizenzierung spreche. Einzelne Parteien könnten dann von Teleclub gezeigt werden. Das dürften aber kaum Topspiele sein - und ob es zur Einigung kommt, ist unklar.

Ein solches Verhalten sei äusserst kundenunfreundlich, sagt Sara Stalder, Geschäftsleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS). Die SKS prüfe ein Vorgehen gegen die aus ihrer Sicht missbräuchlichen AGB-Klauseln. Rechtlich gesehen, sei die Situation jedoch unklar. «Unserer Meinung nach braucht es ein Sonderkündigungsrecht, wenn der Vertrag einseitig so stark geändert wird», sagt Stalder.